

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/034/11-16
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 15.10.2015
Sitzungsbeginn	18:20 Uhr
Sitzungsende	22:40 Uhr
Ort	Plenarsaal, Raum 110, Europaplatz, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

CDU-Fraktion

Herr Olaf Beisel	entschuldigt
Frau Rosa Maria Bey	
Herr Gerhard Bohl	
Frau Claudia Eisenhardt	
Herr Bernd Fleck	entschuldigt
Herr Hendrik Hollender	
Herr Volker Muras	
Herr Dieter Olthoff	
Frau Martina Pfannmüller	
Frau Rebecca Riesener	
Herr Norbert Simmer	
Herr Patrick Stoll	
Herr Reiner Veith	
Herr Günther Winfried Weil	
Frau Sybille Wodarz-Frank	

SPD-Fraktion

Herr Klaus Fischer
Herr Karl Wilhelm Fölsing
Frau Marion Götz
Herr Ulrich Hausner
Herr Michael Klaus
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
Herr Heinz-Peter Rausch
Herr Benjamin Ster
Herr Franz Tahedl
Frau Andrea Ulrich-Hein
Herr Karl-Heinz Velten
Frau Andrea Wagner
Herr Erich Wagner
Frau Evelyn Weiß
XXXXXXXXX

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herr Carl Cellarius	
Frau Julia Cellarius	
Herr Johannes Contag	
Herr Karl Moch	
Frau Beate Neuwirth	
Herr Peter Schmidt	ab Top 9
Herr Bernd Stiller	
Herr Mehmet Turan	entschuldigt
Herr Florian Uebelacker	

FDP-Fraktion

Frau Silvia Elm-Gelsebach
Herr Achim Güssgen-Ackva

UWG-Fraktion

Herr Winfried Ertl	
Herr Alfons Janke	entschuldigt
Herr Bernd Messerschmidt	entschuldigt

Die Linke. (ohne Fraktionsstatus)

Herr Sven Weiberg

Schriftführerin

Frau Petra Althenn

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller	
Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth	
Herr Stadtrat Dirk Antkowiak	
Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske	
Herr Stadtrat Reinhard Henrich Huth	
Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck	entschuldigt
Herr Ortwin Musch	ab Top 1
Herr Stadtrat Dr. Olaf Osten	entschuldigt
Frau Stadträtin Petra Rauch-Weitzel	
Herr Stadtrat Herbert Wellenberg	

Verwaltung

Herr Joachim Böhmerl;
Haupt- und Personalamt

Vor Beginn der Sitzung bittet Bürgermeister Keller in Absprache mit Stadtverordnetenvorsteher Hollender die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender begrüßt alle Anwesenden; insbesondere Herrn Karl Moch, der als neues Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Ralf Martin in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist.

Zum Gedenken an die am 08.09.2015 verstorbene Stadträtin Frau Gesine Haake spricht Stadtverordnetenvorsteher Hollender würdigende Worte.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender gratuliert ganz herzlich allen Stadtverordneten, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Stadtverordnete Götz schlägt vor, den Tagesordnungspunkt

23	11-16/1243	Durchführung des Kreisstadtsommers 2016 und der Stadtjubiläumsveranstaltungen in 2016
----	------------	---

im **Teil A** als Tagesordnungspunkt 21 abzuhandeln.

Somit lautet die geänderte Tagesordnung wie folgt:

Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Beigeordneten
2		Berichte und Mitteilungen
2.1		Berichte und Mitteilungen; hier: versandte Unterlagen zur Kenntnis
2.2		Berichte und Mitteilungen; hier: Verunreinigung im Bereich des Biomülls
2.3		Berichte und Mitteilungen; hier: Einbringung des Haushaltsplanes 2016
2.4		Berichte und Mitteilungen; hier: Gespräch in Wiesbaden wegen der Flüchtlingssituation
3	11-16/1287	Anfrage der CDU-Fraktion vom 30. September 2015; hier: Aktuelle Flüchtlingssituation in Friedberg
4	11-16/1285	Anfrage der SPD-Fraktion vom 29. September 2015; hier: Kreisverkehrsanlage Dorheimer Straße L3351 / Dorn-Assenheimer Straße K171
5	11-16/1288	Anfrage der CDU-Fraktion vom 30. September 2015; hier: Brandschutzerziehung
6	11-16/1289	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2015; hier: Deutsche Flugsicherung wegen der Windräder auf dem Winterstein
7	11-16/1290	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2015; hier: Elvis-Presley-Platz (EPP)
8	11-16/1297	Resolution der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Stadtverordneten Weiberg vom 07. Oktober 2015; hier: Resolution für Demokratie und Meinungsfreiheit
9	11-16/1269	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 15. September 2015; hier: Wiedereröffnung Quartiersmanagement
10	11-16/1282	Antrag der SPD-Fraktion vom 22. September 2015; hier: Quartiersmanagement östliche Altstadt
11	11-16/1303	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Fortführung Quartiersmanagement
12	11-16/1304	Antrag der FDP-Fraktion vom 07. Oktober 2015; hier: Weiterführung des Quartiersmanagements
13	11-16/1298	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Vor Wind und Wetter geschützt auf den Bus warten

14	11-16/1299	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Ertüchtigung der Friedberger Wohnungsbau & Vergaberecht nach Erstzugriff
15	11-16/1300	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Fahrrad schützen und sichern
16	11-16/1301	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Sichere Fahrt für Fahrradfahrer
17	11-16/1302	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Flüchtlingshilfe koordinieren
		Teil A
18	11-16/1178	Antrag der UWG-Fraktion vom 12. Mai 2015; hier: Erstellung einer "Friedberg-App" für Apple und Android Handys
19	11-16/1264	Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Friedberg (Hessen) vom 11. Dezember 2009 zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Friedberg (Hessen) vom 18. Mai 1995; hier: 2. Nachtrag (Bezug: 11-16/1229, Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Juli 2015)
20	11-16/1244	Treuhandvertrag und Treuhandverwaltung der Dr. Reuß Stiftung in Friedberg (Hessen)
21	11-16/1243	Durchführung des Kreisstadtsommers 2016 und der Stadtjubiläumsveranstaltungen in 2016
		Teil B
22	11-16/1094	Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebiets "Altstadt"
23	11-16/1118	Sanierungsgebiet Altstadt hier: Erhebung von Ausgleichsbeträgen nach § 154 Abs. 2 BauGB bzw. Erlass einer Satzung nach § 154 Abs. 2a BauGB
24	11-16/1165	Ziele der Stadt Friedberg bei der Verwertung der Ray Barracks Kaserne
25		Mündliche Anfragen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Beigeordneten

Frau Stadträtin Gesine Haake ist verstorben.

Als Nachrücker in den Magistrat hat die SPD-Fraktion nach ihrem Wahlvorschlag Herr Ortwin Musch bestimmt.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender vereidigt den neuen Stadtrat nunmehr auf das Grundgesetz und auf die Hessische Verfassung.

Bürgermeister Keller beglückwünscht Herrn Musch und überreicht dem neuen Mitglied des Magistrates gemäß § 46 HGO die Ernennungsurkunde über die Berufung in sein Amt.

2. Berichte und Mitteilungen

2.1. Berichte und Mitteilungen; hier: versandte Unterlagen zur Kenntnis

Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass folgende Unterlagen zur Kenntnisnahme übersandt wurden:

11-16/1174	Finanzcontrolling-Bericht zum 31.12.2014
11-16/1197	Widerspruchsbescheid Haushaltssatzung 2014 und 1. Nachtragssatzung 2014
11-16/1232	Finanzcontrolling-Bericht zum 30.04.2015
11-16/1274	Genehmigung der Haushaltssatzung 2015; hier: Mitteilung gem. § 50 (3) HGO

2.2. Berichte und Mitteilungen; hier: Verunreinigung im Bereich des Biomülls

Erster Stadtrat Ziebarth trägt vor, dass es nach Mitteilung des Abfallwirtschaftsbetriebes bei der Müllentsorgung Verunreinigungen (z. B. Plastik) im Bereich des Biomülls gibt. Es werden verschiedene Maßnahmen erfolgen wie Veröffentlichung in der Presse, Einsatz eines entsprechenden Fahrzeugs mit Detektor usw.

2.3. Berichte und Mitteilungen; hier: Einbringung des Haushaltsplanes 2016

Erster Stadtrat Ziebarth teilt mit, dass die Einbringung des Haushaltsplanes 2016 voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2015 erfolgt.

2.4. Berichte und Mitteilungen; hier: Gespräch in Wiesbaden wegen der Flüchtlingssituation

Bürgermeister Keller informiert die Stadtverordnetenversammlung (wie zu Beginn der Sitzung die Fraktionsvorsitzenden) über eine Besprechung in Wiesbaden mit dem Finanzministerium und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA).

Demnach heißt es: Die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in der Kaserne wird kommen, ob mit, ohne oder gegen die Stadt. Die Stadt sitzt bei dieser Entscheidung zwar mit am Tisch, hat aber nichts zu sagen. Die EAE ist alleinige Sache des Landes.

Bürgermeister Keller erklärt die gesamte Problematik und teilt u. a. mit, dass diese EAE noch vor dem Winter eingerichtet und ca. 1000 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen.

3. 11-16/1287 Anfrage der CDU-Fraktion vom 30. September 2015; hier: Aktuelle Flüchtlingssituation in Friedberg

Anfrage:

1. Wie viele Flüchtlinge wurden der Stadt Friedberg im Jahr 2015 vom Wetteraukreis zugewiesen? Aus welchen Heimatregionen stammen sie? Wie viele davon stammen aus so genannten sicheren Drittländern und haben damit kaum Aussicht auf eine positive Bescheidung des Asylantrages?
2. Von welchen Zuweisungszahlen durch den Wetteraukreis an die Stadt Friedberg geht der Magistrat für die nächsten 3 Monate aus?

3. Wie viele Personen wurden bislang in welcher Einrichtung untergebracht?
4. Gibt es derzeit noch Unterbringungsmöglichkeiten und wenn ja, wie viele und wo?
5. Welche weiteren Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen plant die Stadt Friedberg? Wurden Gespräche mit potentiellen Vermietern geführt? Gibt es Neuigkeiten zur Nutzung des Gebäudes in der Stahlstraße?
6. Wie hoch sind die bisherigen durch die Flüchtlingsunterbringung entstandenen Kosten? Mit welchen künftigen Kosten plant die Stadt? Wie hoch sind die Zuschüsse pro Kopf von Kreis, Land und Bund im Einzelnen? Sind die aktuellen Zuschüsse ausreichend?

Erster Stadtrat Ziebarth beantwortet die Anfrage **-Fragen 1-3 und 6** wie folgt (Stellungnahme des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 13.10.2015):

Zu 1.:

Aufgenommene Zuweisungen Wetteraukreis 2015:

1.	16.03.15: 4 Personen	
2.	23.03.15: 3 Personen	
3.	30.03.15: 4 Personen	11 Pers./ I. Quartal
4.	04.05.15: 5 Personen	
5.	21.05.15: 4 Personen	
6.	22.06.15: 1 Person	
7.	29.06.15: 3 Personen	13 Pers./ II. Quartal
8.	20.07.15: 5 Personen	
9.	10.08.15: 4 Personen	
10.	21.09.15: 3 Personen	12 Pers./ III. Quartal
11.	05.10.15: 2 Personen	
12.	12.10.15: 3 Personen	8 Pers./ IV. Quartal

Gesamt: 44 zurzeit aufgenommene Personen in 2015

Hohe Fluktuation – Zuzug – Wegzug

Die bisher aufgenommenen Personen haben folgende Nationalitäten:

somalisch
afghanisch
syrisch
serbisch
äthiopisch
kosovarisch
albanisch
eritreisch

Bis zur letzten Woche waren 3 mazedonische Flüchtlinge in unserer Betreuung; seit letzter Woche gibt es keine Flüchtlinge mehr aus sicheren Herkunftsstaaten in städtischer Betreuung.

Zu 2.:

Nach den in dieser Woche übermittelten Aufnahmequoten für das IV. Quartal erfolgen folgende Zuweisungen:

Zuweisungsquote IV. Quartal = 119 Personen
Zuweisungsdefizit aus III. Quartal = 46 Personen
Insgesamt = 165 Personen

Der Wetteraukreis hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zuteilung konsequent erfolgt.

Zu 3.:

Vergebene, freie Unterbringungsplätze

Belegung, soll	Belegung, ist
18	16
10	8
5	2
4	4
5	4
6	3
2	0
9	7

Zu 6.:

Kostenstelle 5.110100

2014			
SK	Beschreibung	Ansatz/ ÜPL + APL HH-Rest	IST
	Aufwendungen	35.000,00 €	83.620,92 €
2015			
SK	Beschreibung	Ansatz	IST
	Aufwendungen	242.500,00 €	130.389,35 €

Die Auszahlungen im Investitionshaushalt sind hier nicht abgebildet.

Der Zuschuss **pro Person und Tag beträgt 7,30 €**. Dieser Zuschuss wird ausschließlich vom Wetteraukreis gezahlt. Weitere Zuwendungen werden nicht geleistet.

Die aktuellen Zuschüsse sind nicht ausreichend. Kostendeckung ca. 70 – 80 v.H. (überschlägig berechnet).

Bürgermeister Keller teilt mit, dass der Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur am 29.09.2015, der Haupt- und Finanzausschuss am 08.10.2015 und der Magistrat am 14.10.2015 entsprechend informiert wurden.

Er beantwortet die **Fragen 4 und 5** der Anfrage wie folgt:

Zu 4. + 5.:

offen aus 3. Quartal: ca. 40 Personen

Erwartung 4. Quartal: ca. 60 Personen

gesamt bis Ende 2015: 100 Personen

Zurzeit freie Unterkunftsplätze

Gesamt: 7 Plätze

Voraussichtliche (noch zu realisierende) Unterkünfte

Gesamt: ca. 102 Plätze

Fazit

Ca. 102 Plätze (voraussichtlich)

Inkl. 7 Plätze (zurzeit verfügbar)

Insgesamt: ca. 109 Plätze (voraussichtlich bis Ende 2015 / Anfang 2016 realisierbar)

4.	11-16/1285	Anfrage der SPD-Fraktion vom 29. September 2015; hier: Kreisverkehrsanlage Dorheimer Straße L3351 / Dorn-Assenheimer Straße K171
-----------	-------------------	---

Anfrage:

Frage 1:

Wird die Planung des o. g. Kreisverkehrplatzes auf Grund des Wegfalls der Ortsumgehung Fauerbach wieder aufgenommen?

Mit der Aufgabe der Ortsumgehung Fauerbach entfällt auch der geplante Radweg.

Frage 2:

Inwieweit ist eine neue Planung entlang der jetzigen Straße bis zur o. g. Kreuzung vorgesehen?

Frage 3:

Wie weit sind die Planungen des Radweges Dorheim / Fauerbach entlang der L3351 bis zum Anschluss an die ehemalige Ortsumgehung Fauerbach gediehen?

Bürgermeister Keller beantwortet die Anfrage wie folgt (Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen vom 01.10.2015):

Zu Frage 1:

Derzeit ist dies nicht vorgesehen. Da es sich um qualifizierte Straßen handelt, kann eine solche Planung auch nur dann verfolgt werden, wenn Hessen mobil der Errichtung eines Kreisverkehrplatzes an dieser Stelle grundsätzlich zustimmt. Dies setzt ein entsprechendes Verkehrsaufkommen voraus, was durch Verkehrszählungen zu ermitteln ist. Ob die seinerzeit getroffene Einstufung nach dem Bau der Ortsumgehung B 455 Dorheim noch Bestand hat, wird dann zu prüfen sein.

Außerdem wäre für den Bau eines Kreisverkehrplatzes, dessen Dimensionierung noch zu klären wäre, Grunderwerb vorzunehmen.

Für derartige Maßnahmen stehen aber keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Zu Frage 2:

Derzeit ist noch keine neue Radwegeplanung entlang der Straße vorgesehen. Zunächst müsste

- geklärt werden, auf welcher Seite der Radweg verlaufen soll
- eine Entwurfsplanung erstellt werden
- die Abstimmung mit Hessen mobil erfolgen
- die Frage eines eventuell notwendigen Grunderwerbs geklärt werden
- die Kosten ermittelt werden.

Haushaltsmittel stehen weder für Planung noch für Grunderwerb und Bau nicht zur Verfügung. Hinzuweisen ist auch darauf, dass es sich auf Grund der Topographie (Böschungen auf beiden Seiten der Straße) um eine aufwändige Maßnahme handeln wird.

Zu Frage 3:

Absoluten Vorrang hat derzeit der Ausbau der Regionalparkroute bis nach Bruchenbrücken, bei der auch eine öffentliche Förderung erfolgt. Für diese Strecke gibt es deshalb derzeit keine Planung, keine personelle Kapazität und keine Haushaltsmittel.

Anfrage:

1. Wer erteilt zurzeit die im Brandschutzhilfeleistungsgesetz (§ 3 (1) Ziff. 6 HBKG) vorgeschriebene Brandschutzerziehung im Bereich der Stadt Friedberg?
2. Wenn dies durch die Gerätewarte der Feuerwehr Friedberg erfolgt, geschieht das während der regulären Arbeitszeit und ist diese Tätigkeit Teil der Stellenbeschreibung der ausführenden Personen?
3. Wenn dies durch Fremdpersonal erfolgt, welche Qualifikation haben diese Personen und auf welcher Vertragsgrundlage erfolgt diese Tätigkeit?
4. Welche Kostenstelle wird dabei belastet wenn die Tätigkeiten durch Mitarbeiter der Stadt Friedberg/Fremdpersonal erfolgen?
5. In welchen Friedberger Schulen oder Kitas wird die Brandschutzerziehung abgehalten?
6. Wenn keine Brandschutzerziehung gemäß Brandschutzhilfeleistungsgesetz durchgeführt wird, welche Vereinbarung diesbezüglich wurden mit dem Kreisbrandinspektor und/oder dem Stadtbrandinspektor getroffen?

Bürgermeister Keller trägt folgende Stellungnahme der Abteilung 32/4 Örtlicher Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz vom 14.10.2015 vor:

Zu 1.:

Die Angehörigen der Feuerwehr Friedberg waren viele Jahre bemüht die Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung nach § 3 Abs. 1 Ziff. 6 HBKG durchzuführen, obwohl dies nicht ihre Aufgabe ist, sondern eine Aufgabe der Gemeinde.

Da diese Schulungen in der Regel vormittags durchgeführt werden mussten, haben die entsprechend pädagogisch geschulten Kräfte hierzu ihren Jahresurlaub geopfert oder Mehrarbeitsstunden genommen. Dies ging auf die Dauer nicht mehr.

Schulungen werden daher derzeit nicht durchgeführt.

Die Einrichtung einer Stelle für die Brandschutzerziehung wurde am 13.09.2012 durch die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich abgelehnt (DS-Nr. 11-16/0391)

Zu 2.:

Die Gerätewarte verfügen nicht über die pädagogische Ausbildung. Außerdem ist diese Tätigkeit kein Bestandteil ihrer Arbeitsplatzbeschreibung und auch nicht leistbar.

Zu 3.:

Es gibt keine Fremdvergabe.

Zu 4.:

Entfällt. Da keine Personalkosten entstehen.

Zu 5.:

Es gibt seit Jahren keine Anfragen seitens der Schulen oder Kindergärten.

Zu 6.:

Es gibt keine Vereinbarungen mit dem Kreisbrandinspektor und dem Stadtbrandinspektor.

6.	11-16/1289	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2015; hier: Deutsche Flugsicherung wegen der Windräder auf dem Winterstein
-----------	-------------------	--

Anfrage:

1. Wann ist die Anfrage gestellt worden?
2. Welches Ergebnis hat die Anfrage?
3. Bisher ist nicht bekannt, wer der Investor für die Windräder auf dem Winterstein ist. Daher ist auch nicht bekannt, welcher Typ von Windrädern auf welchem genauen Standort in welcher Anzahl gebaut werden soll.
Wie verbindlich kann dann die Anfrage an die Flugsicherung sein? Welchen Sinn und Stellenwert hat sie dann überhaupt?

Bürgermeister Keller beantwortet die Anfrage wie folgt (Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen vom 12.10.2015):

Zu 1.:

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 27. April 2015 an das zuständige Regierungspräsidium Darmstadt – Referat Luft- und Güterverkehr – gerichtet.

Zu 2. + 3.:

Der Vertreter des RP hatte daraufhin telefonisch mitgeteilt, dass eine Bearbeitung der Anfrage mit dem entsprechenden Rechenprogramm voraussetzt, dass die Koordinaten der geplanten Standorte (sog. WGS 84 – Koordinaten) übermittelt werden.

Daraufhin wurde die hessenEnergie über die OVAG mit Mail vom 21. Mai 2015 um Übermittlung von Koordinaten der angedachten Standorte gebeten.

Mit Mail vom 3. Juni 2015 reagierte die hessenEnergie auf die Anfrage dahingehend, dass die Erfolgsaussicht einer Anfrage beim RP bezweifelt wurde; Daten wurden nicht übermittelt.

Nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ende Juni wurde hessenEnergie nochmals um Übermittlung von Daten gebeten; hierauf bot die hessenEnergie ihre Dienste an und schlug ein mit Gutachten untermauertes Vorgehen innerhalb eines BlmSch-Antragsverfahren vor. Hierauf wurde jedoch wegen der damit verbundenen Vorfestlegung nicht eingegangen.

Fazit: Da dem RP keine Koordinaten übermittelt werden konnte, gibt es keine Aussage des RP.

Außerdem gibt es zwischenzeitlich den Erlass des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung vom 12.08.2015, mit dem der 15 km-Radius um Funknavigationsanlagen der Deutschen Flugsicherung als status quo festgeschrieben worden ist; der Erlass liegt den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vor.

7.	11-16/1290	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2015; hier: Elvis-Presley-Platz (EPP)
-----------	-------------------	---

Anfrage:

Interessenbekundung „Café Rund“

1. Die Verwaltung hat angekündigt eine Interessensbekundung einzuleiten
 - a. Wie ist hierzu der derzeitige Sachstand?
 - b. Liegen hierzu Angebote von Interessenten vor?
 - c. Sind diese im Magistrat inhaltlich vorgestellt?
 - d. Welche weiteren Verfahrensschritte sind wann zu erwarten?

Bauschäden / Wartung Platz

2. Nach über zehn Monaten Betrieb ist die Fugenverfüllung nicht mehr sachgerecht. Wann ist mit einer Nachverfugung zu rechnen?
3. Wann werden die zerstörten Steine (Platten) ersetzt?

Brunnen

4. Muss bei „Dauerregen“ der Sprudel weiterlaufen oder ist es möglich diesen mittels Regensensor automatisiert auszuschalten?
5. Wann ist damit zu rechnen, dass der letzte Sprudel zum ehemaligen Kaufhaus zu (nie in den Betrieb gegangen) instandgesetzt wird?
6. Wann wird die defekte Ablaufrinne repariert damit dieser letzte Sprudel in Betrieb gehen kann?
7. In welchen Zeitabständen werden die Regenwasser und die Sprudelwasser Auffangrinnen gereinigt, welche Kosten entstehen dabei?

Regress für Schäden auf dem EPP

8. Welche Form der Gewährleistung (Garantie) ist mit den bauausführenden Firmen vereinbart?
9. Wie lange sind die Laufzeiten?
10. Welche Reparaturkosten sind bisher durch die Zerstörung durch PKW und LKW der Lichtlaternen entstanden?
11. Hat die Verwaltung in diesem Zusammenhang Regressansprüche eingefordert?

Reinigung

12. Wann werden die teils stark verschmutzten Platten gereinigt?
(An vielen Stellen schwarz vor Schmutz und Autoreifenabrieb)
13. Hat der Bauhof die richtigen Geräte / Fahrzeuge zur effektiven Reinigung des Platzes?
14. Sind hierfür weitere Anschaffungen erforderlich, in welcher Höhe sind Haushaltsanmeldungen zu erwarten?

Bürgermeister Keller beantwortet die Anfrage wie folgt (Fragen 1 – 9 und 11 – 14: Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen vom 12.10.2015 sowie die Frage 10 des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 14.10.2015):

Zu 1.:

Das Interessenbekundungsverfahren ist bis zu einer Entscheidung des Magistrates über den endgültigen Standort des Wochenmarktes zurückgestellt.

Zu 2.:

Eine Nachverfugung wird seitens des Fachamtes zu diesem Zeitpunkt nicht für erforderlich gehalten und wird bei Bedarf ausgeführt.

Zu 3.:

Hierzu wurde bereits Kontakt zur Baufirma aufgenommen; ein Zeitpunkt kann derzeit noch nicht angegeben werden.

Zu 4.:

Selbst wenn die zusätzliche Installierung eines Regensensors technisch möglich wäre, könnte ein solcher Sensor wohl kaum zwischen Dauerregen sowie kurzen Schauern unterscheiden. Zudem wäre damit ein deutlich erhöhter Kosten- und Pflegeaufwand verbunden, und das ständige Herunter- und Hochfahren der Pumpenanlage könnte zu Schäden und einem erhöhten Reparaturaufwand führen.

Zu 5.:

Zunächst eine Richtigstellung: die Düse war zunächst in Betrieb; sie musste außer Betrieb genommen werden auf Grund eines Schadens an der Abflussfläche des Brunnens. Hierdurch gelangte Wasser in den Technikraum.

Die Behebung des Schadens ist bereits vor etlicher Zeit bei der bauausführenden Firma beauftragt worden.

Zu 6.:

siehe Frage 5

Zu 7.:

Die Entwässerungsrinnen werden nach Bedarf bzw. mindestens zweimal pro Jahr gereinigt. Kosten wie bei der Reinigung von Straßeneinläufen

Zu 8.:

VOB Teil B, BGB

Zu 9.:

5 Jahre

Zu 10.:

Seit der Öffnung des Elvis-Presley-Platzes sind mehrere Unfälle mit Beschädigungen an Straßenlaternen zu verzeichnen. Bisher sind alle Schädiger bekannt oder konnten ermittelt werden, die Kosten für das Instandsetzen werden diesem durch die OVAG in Rechnung gestellt und belaufen sich auf ca. 3.250,- Euro. Sollte kein Schädiger bekannt sein, werden die Kosten durch die Straßenverkehrsbehörde beglichen.

Zu 11.:

Soweit ein Verursacher feststeht, werden Schadensersatzansprüche geltend gemacht.

Zu 12.:

Reinigung ist für das Frühjahr 2016 vorgesehen; der Verursacher des Ölflecks wird unabhängig davon gesondert zur Reinigung gefordert.

Zu 13.:

Der Baubetriebshof verfügt nur über eine Kehrmaschine, aber nicht über eine Reinigungsmaschine mit Wasser und Lösungsmitteln.

Zu 14.:

Nein; eine solche Anschaffung wäre unwirtschaftlich; Reinigung deshalb sporadisch durch Fachfirma.

8.	11-16/1297	Resolution der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Stadtverordneten Weiberg vom 07. Oktober 2015; hier: Resolution für Demokratie und Meinungsfreiheit
-----------	-------------------	--

Beschluss:

Resolution für Demokratie und Meinungsfreiheit

Das Friedberger Stadtparlament distanziert sich klar und unmissverständlich von jeglicher Form von Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtendem Gedankengut. Extremistische Positionen und Veranstaltungen, wie der Ende Oktober geplante „Quer-Denken-Kongress“ in der Stadthalle Friedberg, haben in Friedberg und in der Wetterau keinen Platz.

Das Stadtparlament zollt allen Bürgerinnen, Bürgern und Institutionen Respekt und Hochachtung, die sich für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung engagieren und klar Stellung gegen Rassismus und Intoleranz beziehen.

Es unterstützt sämtliche Aktivitäten, die für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft eintreten und die Mitmenschlichkeit betonen. Dazu gehört auch das Bündnis „Gegen geistige Brandstiftung – Aktionstage in Friedberg“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 3 Enthaltung 0

9.	11-16/1269	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 15. September 2015; hier: Wiedereröffnung Quartiersmanagement
-----------	-------------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird dazu aufgefordert, sich nachdrücklich für eine Wiedereinrichtung des Quartiersmanagement in der Friedberger Altstadt einzusetzen. Dabei soll eine Ausschreibung der Leistung für einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren erfolgen. Die Ausschreibung soll noch im Jahr 2015 erfolgen.

Stadtverordneter Weiberg **zieht seinen Antrag zurück.**

10.	11-16/1282	Antrag der SPD-Fraktion vom 22. September 2015; hier: Quartiersmanagement östliche Altstadt
------------	-------------------	--

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 10 bis 12 erfolgt gemeinsam.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, unverzüglich den Auftrag zur Weiterführung des Quartiersmanagements im Bereich der östlichen Altstadt/Fünffingerplatz auszuschreiben. Die Vertragsdauer soll zur Sicherstellung einer nachhaltigen Aufgabenerfüllung fünf Jahre nicht unterschreiten. Aufgrund des Aufgabenumfangs muss der zu beauftragende Träger gewährleisten, dass Personalkapazität im Umfang einer Vollzeitstelle kontinuierlich für die Aufgabenwahrnehmung vor Ort zur Verfügung steht. Die für die Fortführung des Quartiersmanagements notwendigen Mittel sind bei der kommenden Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

11.	11-16/1303	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Fortführung Quartiersmanagement
------------	-------------------	--

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 10 bis 12 erfolgt gemeinsam.

Antragstext:

- (1) Der Magistrat wird beauftragt, das Quartiersmanagement entsprechend der ursprünglichen Magistratsvorlage, Drucksache 11-16/0682-2, fortzuführen. Es soll ein 3-Jahreszeitraum angeboten werden und im Rahmen der derzeitigen Haushaltsmittel zügig (in 2015) zur Wiedereröffnung kommen.
- (2) Der Magistrat wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung darzulegen, wie das Angebot des Quartiersmanagement in kommenden Jahren geeignet verstärkt werden kann. Entsprechende Mittel sind für das Jahr 2016 folgend einzuplanen.

12.	11-16/1304	Antrag der FDP-Fraktion vom 07. Oktober 2015; hier: Weiterführung des Quartiersmanagements
-----	------------	---

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 10 bis 12 erfolgt gemeinsam.

Antragstext:

Der Magistrat der Stadt Friedberg wird damit beauftragt, bis zum 31. Januar 2016 ein Konzept für die Fortführung des Quartiersmanagements incl. des Angebots des Fünffingertreffs vorzulegen. Die Fortführung der Zusammenarbeit mit den bisherigen Partnern zu den bisherigen finanziellen Konditionen sollte unbedingt angestrebt werden.

Stadtverordnete Pfannmüller stellt den Antrag, diese Anträge (**DS-Nr. 11-16/1282, 11-16/1303 und 11-16/1304**) in den Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur sowie Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 14 Nein 26 Enthaltung 0

Nach erfolgter Sitzungsunterbrechung stellt Stadtverordnete Götz namens der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Fraktion einen gemeinsamen Antrag. Somit fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich den Auftrag zur Fortführung des Quartiersmanagements entsprechend der ursprünglichen Vorlage DS 11-16/0683-2 zu erteilen. Dabei soll eine Vertragsdauer von 3 Jahren mit der Option auf Verlängerung um weitere 2 Jahre gewährleistet werden. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2016 zu veranschlagen.

Bis zur Verfügbarkeit dieser Haushaltsmittel sind die noch vorhandenen Restmittel aus 2015 zu verwenden, um den kurzfristigen Wiedereinstieg in die Arbeit des Quartiersmanagements zu ermöglichen.

Aufgrund des Aufgabenumfanges ist die erforderliche Personalkapazität im Umfang von 1 Vollzeitstelle anzustreben.

Der Magistrat wird beauftragt, über die Arbeit des Quartiersmanagements anhand von Kennzahlen eines Tätigkeitsberichts mindestens jährlich im Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und dem Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen

Ja 27 Nein 13 Enthaltung 0

13.	11-16/1298	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Vor Wind und Wetter geschützt auf den Bus warten
-----	------------	---

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Hauptstraße in Fauerbach in Fahrtrichtung Friedberg Zentrum an der Haltestelle Fauerbach-Friedhof eine überdachte Bushaltestelle zu errichten.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr und Haupt- und Finanzausschuss. Da keine Gegenrede erfolgt, ist der Antrag in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr und Haupt- und Finanzausschuss** verwiesen.

14.	11-16/1299	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Ertüchtigung der Friedberger Wohnungsbau & Vergaberecht nach Erstzugriff
------------	-------------------	---

Antragstext:

- (1) Der Magistrat wird beauftragt, zur Erhöhung der „Bewegungsfreiheit der Friedberger Wohnungsbaugesellschaft mbH bei der (Mit-) Entwicklung der Ray Barracks“ zu prüfen, ob die derzeitige Rechtsform in einen Gleichordnungskonzern zu erweitern ist. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung geeignet darzulegen, welche Vorteile erwachsen können und welcher Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen wäre.
- (2) Die Prüfung soll beinhalten, wie vorteilhaft in einer neuen Konzernstruktur die Besteuerung von Umsatzerlösen durch Abgeltungsteuer (z.B. aus Grundstücksverkäufen in den Ray Barracks) erfolgen können.
- (3) Die Stadtverordnetenversammlung kann ggf. abweichend zur derzeitigen Beschlusslage des Magistrates in der Entwicklung der Ray Barracks ein Entwicklungsmodell „Erstzugriff“ in Erwägung ziehen. Daher ist durch den Magistrat zu prüfen, wie bei rechtzeitiger Ertüchtigung der Wohnungsbau entsprechend Absatz 1 eine geeignete Eigenkapitalausstattung und Bürgschaften hergestellt bzw. verlagert werden können, um zu ermöglichen dass in größerem Umfang als in der „Housing Area“, Grundstücke der Ray Barracks durch die Friedberger Wohnungsbau entwickelt werden können. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung bis 15. Januar 2016 ein rechtlich durchführbares Konzept „Ertüchtigung Wobau“ vorzulegen.
- (4) Der Magistrat wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Vorschriften (z.B. Vergabe- und EU-Beihilferecht) nach einer Erstzugriffsregelung durch die Stadt Friedberg bezüglich der Weiterveräußerung zu beachten wären.

Stadtverordneter Klaus stellt den **Antrag auf Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 35 Nein 2 Enthaltung 3

15.	11-16/1300	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Fahrrad schützen und sichern
------------	-------------------	---

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, Standorte für geschützte Fahrradabstellanlagen zu identifizieren und eine Kostenschätzung für die drei höchst priorisierten Standorte zu erstellen.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 17 Nein 23 Enthaltung 0

Stadtverordnete Götz stellt folgenden

Änderungsantrag:

Der Magistrat wird beauftragt, ein ganzheitliches Radverkehrskonzept für die Stadt Friedberg vorzulegen, in dem die Handlungsbedarfe in Bezug auf den Radwegeausbau, das Wegweisungssystem und die Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet aufgezeigt und Lösungsvorschläge mit Kostenschätzungen unterbreitet werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2016 einzustellen.

Stadtverordneter Stoll stellt den Antrag, beide Anträge (der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion) in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr zu verweisen. Da keine Gegenrede erfolgt, sind **beide Anträge** in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** verwiesen.

16.	11-16/1301	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Sichere Fahrt für Fahrradfahrer
-----	------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert der Verkehrsbehörde zu empfehlen, die Leonhardstraße und den Goetheplatz zeitnah in eine Fahrradstraße mit der Zulassung für Auto und Busverkehr umzuwandeln, wobei Fahrradfahrer in beide Richtungen fahren dürfen.

Öffnung der Einbahnstraße „Am Edelspfad“ für Fahrradfahrer zur Fahrt in Gegenrichtung.

Die Stadtverordnetenversammlung einigt sich auf **Verweisung in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr**.

17.	11-16/1302	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Flüchtlingshilfe koordinieren
-----	------------	--

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Gelder, die vom Wetteraukreis als freiwillige Leistung für die Koordination der Flüchtlingsarbeit gewährt werden, dem runden Tisch und den beteiligten Organisationen für die Flüchtlingsbetreuung bereitzustellen. Über die Verwendung der Gelder ist bei jeder Haupt- und Finanzausschusssitzung zu berichten.

Stadtverordneter Wagner stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und Haupt- und Finanzausschuss. Da keine Gegenrede erfolgt, ist der Antrag in den **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und Haupt- und Finanzausschuss** verwiesen.

Stadtverordnete Götz stellt gem. § 18 (4) der Geschäftsordnung den **Antrag auf Sitzungsverlängerung** um 1 Stunde.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt (gemäß § 54 (1) HGO -Stimmengleichheit-)

Ja 20 Nein 20 Enthaltung 0

Stadtverordnetenvorsteher Hollender teilt mit, dass die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am **Mittwoch, dem 04.11.2015, 18.15 Uhr**, stattfindet.

Teil A

- | | | |
|------------|-------------------|--|
| 18. | 11-16/1178 | Antrag der UWG-Fraktion vom 12. Mai 2015;
hier: Erstellung einer "Friedberg-App" für Apple und Android Handys |
|------------|-------------------|--|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

- | | | |
|------------|-------------------|---|
| 19. | 11-16/1264 | Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Friedberg (Hessen) vom 11. Dezember 2009 zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Friedberg (Hessen) vom 18. Mai 1995;
hier: 2. Nachtrag
(Bezug: 11-16/1229, Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Juli 2015) |
|------------|-------------------|---|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

- | | | |
|------------|-------------------|---|
| 20. | 11-16/1244 | Treuhandvertrag und Treuhandverwaltung der Dr. Reuß Stiftung in Friedberg (Hessen) |
|------------|-------------------|---|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

- | | | |
|------------|-------------------|--|
| 21. | 11-16/1243 | Durchführung des Kreisstadtsommers 2016 und der Stadtjubiläumsveranstaltungen in 2016 |
|------------|-------------------|--|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

Teil B

- | | | |
|------------|-------------------|--|
| 22. | 11-16/1094 | Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebiets "Altstadt" |
|------------|-------------------|--|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

- | | | |
|------------|-------------------|---|
| 23. | 11-16/1118 | Sanierungsgebiet Altstadt
hier: Erhebung von Ausgleichsbeträgen nach § 154 Abs. 2 BauGB bzw.
Erlass einer Satzung nach § 154 Abs. 2a BauGB |
|------------|-------------------|---|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

- | | | |
|------------|-------------------|--|
| 24. | 11-16/1165 | Ziele der Stadt Friedberg bei der Verwertung der Ray Barracks Kaserne |
|------------|-------------------|--|

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

25. Mündliche Anfragen

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 04. November 2015, behandelt.

gez.: Hollender
(Vorsitzender)

gez.: Althenn
(Schriftführerin)